



Nezahat Baradari

Mitglied des Deutschen Bundestages
Kreis Olpe/Märkischer Kreis I



KONTAKT

 **Bundestagsbüro Berlin**
Nezahat Baradari, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin

nezahat.baradari@bundestag.de

030/22 77 12 60

 **Wahlkreisbüros**

Willy-Brandt-Haus
Breitenfeld 1B

58507 Lüdenscheid

[nezahat.baradari.wk02@](mailto:nezahat.baradari.wk02@bundestag.de)

[bundestag.de](mailto:nezahat.baradari.wk02@bundestag.de)

027 22 / 6 57 68 84

Niederste Straße 15
57439 Attendorn

[nezahat.baradari.wk@](mailto:nezahat.baradari.wk@bundestag.de)

[bundestag.de](mailto:nezahat.baradari.wk@bundestag.de)

027 22 / 6 57 68 84

 www.nezahat-baradari.de/

 [https://www.facebook.com/](https://www.facebook.com/Baradari2023/)
[Baradari2023/](https://www.facebook.com/Baradari2023/)

 [https://www.instagram.com/](https://www.instagram.com/nezahatbaradari/)
[nezahatbaradari/](https://www.instagram.com/nezahatbaradari/)

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde der SPD!

Traditionell feiert die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung am **1. Mai** weltweit den Tag der Arbeit. Im Oktober 1889 fasste die Sozialdemokratische Partei (SPD) den Beschluss, den 1. Mai als Feiertag der Arbeiter zu begehen, 1890 finden am 1. Mai auch in Deutschland Streiks, Demonstrationen und die sogenannten Maispaziergänge statt, um für die Arbeiterrechte zu kämpfen. 100.000 Menschen beteiligen sich und legten die Arbeit nieder. Fortan kommt es alljährlich am 1. Mai zu Streiks und Demonstrationen. Arbeitgeber reagieren darauf mit Aussperrungen und Entlassungen. Der 1. Mai entwickelt sich zum Symboltag des Klassenkampfes und dem Ringen um mehr Rechte und Mitbestimmung der Arbeiterinnen und Arbeiter ([Bundeszentrale für Politische Bildung](#)).

Bei allen Fortschritten für die abhängig Beschäftigten, die im Laufe der langen Zeit erreicht wurden, ist noch viel zu tun, auch in einer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Demokratie wie der unsrigen. Und dieser symbolische Feiertag ist mitnichten ein alter Zopf! Der 1. Mai auch heute einer der wichtigsten Tage für Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Auch in Olpe und Lüdenscheid hatte ich rund um diesen Tag viele schöne und bereichernde Begegnungen. Lest dazu auch den Beitrag in diesem Newsletter.

Solidarität ist eine starke Kraft. Der Deutsche Gewerkschaftsbund stellt den 1. Mai 2023 unter das Motto „Ungebrochen solidarisch“ – auch wir sind ungebrochen solidarisch ([Resolution des Parteivorstandes](#))! Auch in den letzten Tarifkonflikten von öffentlichem Dienst und bei der Bahn haben wir eine klare Position gezeigt und setzen uns für Tarifbindung und starke Mitbestimmung ein. Wir stehen solidarisch an der Seite der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften, die in aktuellen Tarifrunden für weitere Entlastungen und verdiente Lohnsteigerungen kämpfen. Wir erwarten, dass neben staatlichen Maßnahmen auch die Tarifpolitik ihren Beitrag für die Entlastung der Beschäftigten leistet.

Einschränkungen des Streikrechts wie von Arbeitgebern und CDU gefordert, lehnen wir entschieden ab. Das Streikrecht ist ein Grundrecht und hat Verfassungsrang. Wer das Streikrecht angreift, bekommt es mit dem erbitterten Widerstand aller Sozialdemokratischen und -demokraten zu tun. Wir wollen mehr Demokratie in den Betrieben und die Behinderung der Arbeit von Betriebsräten und Gewerkschaften im Betrieb unterbinden.

Zeitgleich mit dem 1. Mai ist landesweit das sogenannte „**Deutschland-Ticket**“ an den Start gegangen und macht die gesamte Republik zu einer gemeinsamen Tarifzone. Für 49 Euro im Monat könnt Ihr Busse und Bahnen im kompletten Nah- und Regionalverkehr des Landes nutzen. Und zwar unabhängig von Bundesland, Verkehrsverbund oder Tarifgebiet. Ein Meilenstein in der Verkehrswende! ([FAQ zum Deutschlandticket auf der Internetseite der Bundesregierung](#))



Wichtiges Signal für unsere ganze Region: Die marode und gesperrte **Rahmedetalbrücke** an der A 45 bei Lüdenscheid soll am 7. Mai gesprengt werden. Für die Menschen aus Lüdenscheid und der Region ist die Bekanntgabe des Sprengtermins eine gute Nachricht, auf die sie jetzt über ein Jahr warten mussten. Es ist ein Zeichen des Aufbruchs: Endlich kann es weitergehen! Wenige Wochen vorher konnte ich unseren Fraktionsvorsitzenden, **Dr. Rolf Mützenich**, für eine Besichtigung der Rahmedetalbrücke gewinnen. Anschließend fand im Lüdenscheider Willy-Brandt-Haus eine Diskussionsveranstaltung mit mehr als dreißig Teilnehmern statt.



Zusammen mit Verena Hubertz, Rolf Mützenich und Detlef Müller

Dann ging es ganz schnell: Zu einem gemeinsamen Gespräch mit den entsprechenden Fachpolitikern und Rolf haben wir uns in der Zwischenzeit in Berlin getroffen. Dort forderte Rolf einen finanziellen Nachteilsausgleich für die Region und sagte zu, dass sich die SPD-Fraktion dafür einsetzen wird, die wirtschaftlichen Verluste zu kompensieren. Mehr zum Besuch von Rolf lest ihr in diesem Newsletter.

In diesem Sinne wünsche ich euch bis zum nächsten Newsletter eine schöne Zeit und grüße euch ganz herzlich, Eure

Nezahat



#GEMA1NSAM

Unter dem Motto „Ungebrochen solidarisch“ haben die Gewerkschaften am diesjährigen 1. Mai zu Demos am Tag der Arbeit auf. Für bessere Löhne auf die Straße zu gehen, ist aktueller denn je. Für viele Menschen sind die steigenden Preise für Energie und Lebensmittel tagtäglich eine große Herausforderung. Wir sind solidarisch mit den Beschäftigten und den Gewerkschaften. Die Lohnforderungen und die Streiks sind angemessen und Streiks sind ein durch Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes geschütztes Grundrecht. Wer höhere Ausgaben hat, braucht auch mehr Geld. Wir erwarten deshalb von der Mindestlohnkommission eine klare Empfehlung für eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns. Ein weiterer wichtiger Schritt wird die kräftige Rentenerhöhung zum 1. Juli dieses Jahres sein.

Als SPD begleiteten wir den Tag der Arbeit mit einer Kampagne unter dem Titel „#GeMA1nsam geht es besser“. Wir stehen an der Seite von Menschen mit kleinem Portemonnaie und wollen, dass sie sicher durch die Krise kommen.

Um die Klimakrise in den Griff zu bekommen, muss unsere Wirtschaft schnell klimaneutral werden. Der Umbau der Industrie darf aber nicht zulasten der Beschäftigten gehen. Klimaschutz und gute Arbeit schließen sich nicht aus. Im Gegenteil: Wenn die Betriebe konsequent auf nachhaltige Produktion setzen, lassen sich unsere Klimaziele erreichen und Arbeitsplätze sichern. Mitbestimmung, Weiterbildung, mehr Tarifbindung – wir sorgen dabei für die richtigen Rahmenbedingungen.

Hier sind ein paar Impressionen vom Arbeitnehmerempfang in Olpe am 30. April und der 1. Mai-Demo in Lüdenscheid sowie vom Kirschblütenfest in der Heesfelder Mühle in Halver im Anschluss an die Kundgebung.



Rolf Mützenich nimmt Lüdenscheider Sorgen mit nach Berlin

Anfang April konnte ich unseren Fraktionsvorsitzenden, Dr. Rolf Mützenich, für eine Besichtigung der Rahmedetalbrücke gewinnen. Anschließend fand im Lüdenscheider Willy-Brandt-Haus eine Diskussionsveranstaltung mit mehr als dreißig Teilnehmern statt.

Rolf war die Dramatik für die Menschen in Lüdenscheid und darüber hinaus in unserer ganzen Region durch der Autobahnspernung bereits sehr bewusst. Vertreter der Bürgerinitiative A 45 Lüdenscheid, Gewerkschaften, Arbeitgeber und auch der Bürgermeister und Bürgerbeauftragte Sebastian Wagemeyer sowie Bürgermeister Michael Brosch aus Halver trugen ihre Sorgen und auch das Unverständnis für die unsichere und undurchschaubare Ausnahmesituation vor. Rolf erwarb sich viele Sympathien, weil er von Anfang an mit offenen Karten spielte: „Ich habe kein Patentrezept in der Tasche, ich bin gekommen, um zuzuhören.“



Den Menschen zuhören – das tat unser sympathischer Fraktionschef dann auch. Gesundheitsgefährdung für die Menschen an den Lüdenscheider Umleitungsstraßen, LKW-Durchfahrtsverbot, Bedarfsumleitung, Fachkräfteabwanderung, die drohende Unterversorgung in der ambulanten Pflege, fehlende Rechtsgrundlagen und die längst fällige Reform der Straßenverkehrsordnung... Unser Fraktionsvorsitzender hörte sehr aufmerksam zu, machte sich Notizen, fragte immer wieder nach. Die Menschen merkten, dass da kein Hau-Ruck-Politiker zu ihnen spricht, der das „Blaue vom Himmel“ verspricht, sondern jemand, der sich wirklich für ihre Sorgen und Nöte interessiert und mit ihnen spricht. Und er versprach, sich um die Möglichkeit eines Hilfsfonds für Transformationszahlungen im Wirtschaftsministerium und eine eventuelle rechtliche Änderung der Straßenverkehrsordnung zu informieren und gegebenenfalls anzustoßen.

Zum gemeinsamen Gespräch mit ihm und den entsprechenden Fachpolitikern und SPD-Fraktionsvizes Verena Hubertz und Detlef Müller habe ich auch direkt einen Termin in Berlin bekommen. Dort forderte Rolf einen finanziellen Nachteilsausgleich für die Region und sagte zu, dass sich die SPD-Fraktion dafür einsetzen wird, die wirtschaftlichen Verluste zu kompensieren. Und übrigens wird bereits an der Novelle der Straßenverkehrsordnung gearbeitet.



Bild rechts: Mit Rolf Mützenich an der Rahmedetalbrücke;
oben: Diskussion im Lüdenscheider Willy-Brandt-Haus

Österliche Stimmung in der Sitzung der SPD AG 60plus

Auf Einladung des Vorsitzenden der AG 60plus, Bernd Kaiser, nahm ich als ihre Wahlkreisabgeordnete an der Sitzung mit Kaffee und Kuchen im Willy-Brandt-Haus in Lüdenscheid teil.

Wie immer traf ich auf gut gelaunte Genossinnen und Genossen im prall gefüllten großen Saal in der Lüdenscheider Parteizentrale. Dabei war der Sitzungssaal mit Ostereiern, Osterglocken und Kerzen dekoriert – alles in liebevoller Handarbeit. Eine schöne, österliche Atmosphäre, in der ich ein kurzes Referat über die Berliner Politik, im speziellen über die Krankenhausreform und Pflegereform, halten durfte.

Dabei konnte ich berichten, dass ich als Gesundheitspolitikerin mein Versprechen bezüglich der Verbesse-



rung der medizinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen gehalten habe. Leistungen von Kinder- und Jugendärzten sowie Kinderpsychiatern werden künftig besser vergütet und es stehen hierzu jährlich 49 Millionen Euro extra zur Verfügung. Es hat mich sehr gefreut, diese Informationen mit den zahlreichen anwesenden Großeltern teilen zu können. Denn dies ist ein erster, richtiger Durchbruch im Sinne einer besseren medizinischen Versorgung unserer Jüngsten.

Im Bereich der Pflege kommen auf uns große Herausforderungen zu, da viele sogenannte Babyboomer in Rente gehen und bald pflegebedürftig werden können. Allein in den letzten 20 Jahren hat sich die Anzahl der Pflegebedürftigen verdoppelt und ein weiteres Anwachsen ist in Sicht. Der Gesundheitsminister hat jetzt eine Pflegereform vorgeschlagen, die wir im parlamentarischen Prozess in der 1. Lesung kritisch durchleuchtet haben und auf Verbesserungen drängen. Angesichts der gesperrten Rahmedetalbrücke ist die ambulante Pflege in Lüdenscheid ohnehin in einem ganz besonders schwierigen Zustand und braucht Abhilfe – auch wenn die Pflegekassen sich diesbezüglich nicht kooperativ zeigen. Wir bleiben dran!

Austausch mit der AG: „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ der Gesamtschule Kierspe



Es war mir eine große Freude, mich mit den Schülerinnen und Schülern der Arbeitsgemeinschaft: „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ der Gesamtschule Kierspe und den Lehrkräften auszutauschen. Leider ist Rassismus immer noch ein großes Problem in unserer Gesellschaft, da Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, Religion oder Kultur im Arbeits- und Wohnungsmarkt diskriminiert werden. Als ob diese Diskriminierungsform nicht schon schlimm genug wäre, werden Menschen sogar aufgrund ihrer Migrationsbiografie Anschlagziel von Rechtsterroristen.

Daher ist es wichtig, vor allem Schülerinitiativen gegen Rassismus zu unterstützen. Genau dies gelingt der Gesamtschule Kierspe ausgezeichnet. Dank den engagierten Schülerinnen und Schüler sowie den Lehrerinnen und Lehrern wird gute Antirassismusbearbeitung geleistet und junge Menschen werden früh für Frieden und Solidarität sensibilisiert.

Ferner berichteten mir die AG-Mitglieder Jan, Jona, Jente, Liam und Johannes über ihre Aktivitäten zu Courage-Coaches, Gleichheit der Geschlechter und

der Historie des Rechtsterrors in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Darüber hinaus verkündeten mir die AG-Mitglieder auch ihr zukünftiges Projekt: Am Tag des Grundgesetzes am 8. Mai wird die Verabschiedung des Grundgesetzes in den Fokus der Aufmerksamkeit gestellt. Vor allem für mich als Bürgerin und Bundestagsabgeordnete ist der erste Artikel mein Kompass für die Menschenrechte, weil sie universell und allgemeingültig sind: **„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“**

Außerdem haben wir uns über die Bundestagswahlreform und somit über die Verkleinerung des Bundestags ausgetauscht. Die Schülerinnen und Schüler wollten explizit wissen, ob die Verkleinerung nur bestimmte Parteien betreffen oder alle Parteien gleich. Ich konnte ihnen versichern, dass alle Parteien im Falle einer Reform von der Verkleinerung verhältnismäßig gleich betroffen sind. Auch haben wir über heiße Themen wie die Cannabislegalisierung und die Berücksichtigung des Genders in der deutschen Sprache diskutiert.

920 Tausend Euro Fördergelder für RLT-Anlagen in drei Schulen erreicht

Bei der Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins Wenden im Gasthof Wurm „Bützers“ in Schönau standen neben Delegiertenwahlen die Ehrung verdienter Jubilare und Berichte aus der Bundes- und Landespolitik sowie aus der Ratsfraktion auf der Tagesordnung.

Ortsvereinsvorsitzende Jutta Hecken-Defeld ließ die immer noch von der Corona-Pandemie geprägte Vorstandsarbeit Revue passieren. Sie zog dennoch eine positive Bilanz.



Auch mir als Bundestagsabgeordnete sprach Jutta ihre Anerkennung für die stets hilfreiche Unterstützung aus. Mit einer Bundesförderung für stationäre Lüftungseinrichtungen (RLT-Anlagen) für die Grundschulen Gerlingen, Hünsborn und Rothemühle kann der Einbau mit bis zu 80 Prozent gefördert werden. Für die Fördergelder hatte ich mich persönlich stark gemacht und konnte auch eine notwendige Verlängerung des Bewilligungszeitraums für die RLT-Anlagen erreichen. Ich freue mich immer besonders, wenn meine Arbeit im Wahlkreis direkte und positive Auswirkungen hat! Im Förderantrag wurden anrechenbare Investitionskosten von brutto 1.150.000 Euro angegeben. Bei einem Zuschuss von 80 Prozent liegt der Bewilligungsbescheid daher bei 920.000 Euro brutto.

Im Einzelnen wurden für den „Neueinbau von stationären RLT-Anlagen“ und die „Erstellung eines Konzepts zur infektionsschutzgerechten Lüftung für den Neueinbau von stationären RLT-Anlagen“ folgende Fördersummen in Form von nicht rückzahlbaren Zuschüssen bewilligt: der Grundschule Hünsborn 300.000 Euro, der Katholischen Grundschule in Gerlingen 400.000 EURO und dem Teilstandort Rothemühle des Grundschulverbundes Wendener Land 220.000 EURO.

Die Genossinnen und Genossen gaben mir mit auf den Weg, mich dafür einzusetzen, dass die Energie- und Klimakrise ausreichend finanziell abgedeckt wird, da sie viele Menschen in existenzielle Sorgen stürzen kann. Vor allem ältere Menschen fürchten eine große finanzielle Belastung, die durch die so genannte Wärmewende auf sie zukommen könnte.

Diese Sorgen nehme ich sehr ernst. Die Wärmewende ist zwar notwendig, doch die Umsetzung muss sozial verträglich sein. Diese Diskussion habe ich bereits im erweiterten Fraktionsvorstand angestoßen. Bereits 2022 wurde beschlossen, dass Heizungen mit erneuerbaren Energien genutzt werden sollen, wenn eine Heizung irreparabel ist. Wer eine alte Heizung hat, darf sie auch weiterhin nutzen und reparieren. Die Nutzung fossiler Brennstoffe in Heizungen endet am 31.12.2044. Eins ist klar, in Zukunft werden diese Energien ohnehin sehr teuer in der Anschaffung sein. Daher macht es Sinn, gleich in umweltverträgliche Technologien wie Fernwärme und Solardach zu investieren. Als Politik haben wir die ökologische Transformation so zu gestalten, dass sich Menschen mitgenommen fühlen und Energie bezahlbar bleibt. Wir lassen niemanden allein!

Änderung der europäischen Industrie-Emissions-Richtlinie nicht erfüllbar?

Das Lüdenscheider Unternehmen GERHARDI Kunststofftechnik GmbH nimmt durch Innovation und Technologie in der Automobilindustrie bei der Herstellung von Kunststoffteilen eine Vorreiterrolle ein. Auf dem Markt für galvanisierte und technisch anspruchsvolle Kunststoffteile zählt sich das Unternehmen zu den größten Entwicklern und Produzenten in Europa. Ich hatte und nutzte die Gelegenheit sehr gerne, dieses moderne Unternehmen in meinem Wahlkreis zu besuchen. Mit Gerhardt-Geschäftsführer Thomas Dinter und Oliver Kortenjann, Leiter des Technischen Controlling, hatte ich einen sehr konstruktiven Austausch.



Mit Thomas Dinter über den Dächern von Lüdenscheid

Das zentrale Thema unseres Gesprächs war die geplante Änderung der europäischen Industrie-Emissions-Richtlinie (IED) durch die Europäische Kommission. Die Industrieemissionsrichtlinie (IED) ist das Regelwerk des Emissionsschutzes in Europa. Darin werden Genehmigung, Betrieb, Überwachung und Stilllegung von Industrieanlagen betrachtet.

Sie soll insbesondere das Ziel verfolgen, Umweltstandards in Europa anzugleichen und dadurch gerechtere Wettbewerbsbedingungen zu schaffen und so ein hohes Schutzniveau für die Umwelt insgesamt zu erreichen. Neben den Schadstoffemissionen in die verschiedenen Medien müssen auch weitere Aspekte des Produktionsprozesses berücksichtigt werden, um den Verbrauch an Ressourcen und Energie und sonstige Umweltbelastungen während des Betriebs und nach der Stilllegung einer Industrieanlage zu verringern ([Umweltbundesamt](#)).

Dinter und Kortenjann teilten mir offen ihre Sorge mit: Gleiche Grenzwerte für alle zu fordern, missachte die enorme Heterogenität der europäischen Industrielandschaft. Ihrer Meinung nach wäre diese Richtlinie in der vorliegenden Form von keinem Unternehmen zu erfüllen.

Diese Sorgen habe ich mit nach Berlin genommen und auch einen Austausch mit unserem wirtschaftspolitischen Sprecher initiiert. Dieses bei mehreren Firmen in Südwestfalen bekannte Problem gilt es auf europäischer Ebene zu verhindern bzw. dagegen zu protestieren.

Als Bundestagsabgeordnete ist es mir wichtig, die Unternehmen in meinem Wahlkreis kennenzulernen und zu unterstützen, insbesondere in Branchen wie der Kunststoffindustrie, die für unsere Wirtschaft von großer Bedeutung sind. Vielen Dank für den informativen Austausch.



REFORM DES ALLGEMEINEN GLEICHBEHANDLUNGSGESETZES



Foto: Maurice Weiss

**Wir sagen
Diskriminierung
den Kampf an!**

Dafür reformieren wir das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz.

Wir fordern:

- ➔ bessere Klagemöglichkeiten für Betroffene
- ➔ härtere Sanktionen bei Diskriminierung
- ➔ Diskriminierungsschutz auch gegenüber Behörden

Die Ampel-Parteien haben sich in ihrem Koalitionsvertrag auf eine Reform des allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes geeinigt. Jetzt hat unsere SPD-Bundestagsfraktion mit einem Positionspapier beschlossen, welche Punkte in der Reform dringend umgesetzt werden müssen.

Jede dritte Person in Deutschland ist schon einmal diskriminiert worden – aufgrund des Alters, einer Behinderung, der ethnischen Herkunft oder aus rassistischen Gründen, wegen des Geschlechts, der sexuellen Identität, der Religion oder der Weltanschauung. Aber nur sechs Prozent der Betroffenen klagen dagegen. Meine Fraktionskolleginnen und -kollegen und ich finden: Das geht nicht!

Damit Betroffene wirklich zu ihrem Recht kommen, wollen wir die Frist, um Ansprüche geltend zu machen, auf ein Jahr verlängern, die unkomplizierte Unterstützung durch Antidiskriminierungsverbände ermöglichen (kollektiver Rechtsschutz), für härtere Sanktionen bei Verstößen sorgen und Schutzlücken schließen! Denn während z.B. bei rassistischer Diskriminierung durch einen privaten Arbeitgeber Entschädigungsansprüche bestehen, ist das bei rassistischer Diskriminierung durch eine öffentliche Behörde bislang nicht der Fall. Das wollen wir ändern und die Bindung an das Gesetz auch auf öffentliche Stellen und Behörden erweitern.

Diskriminierung darf nicht geduldet werden!

FASTENBRECHEN IN DER DITIB- MOSCHEE AM LEHMBERG IN LÜDENSCHIED



Foto: Cornelius Popovici

Ich hatte ich die Gelegenheit, die Ditib-Moschee am Lehmburg zu besuchen und das Fastenbrechen zusammen mit der muslimischen Gemeinde zu feiern.

Wie jedes Jahr, so begingen Muslime weltweit den Fastenmonat Ramadan. Es ist eines der wichtigsten Feste im Jahr und eine Zeit des Fastens, der Besinnung und der spirituellen Reinigung.

Das Fastenbrechen „İftar“ nach Sonnenuntergang findet während des Fastenmonats an jedem Abend statt und ist ein Moment der Freude und des Zusam-

menkommens für die muslimische Gemeinschaft. Das Treffen mit der Familie und den Freunden symbolisiert den Beginn einer Zeit des Friedens, der Freude und des Zusammenhalts.

Ich danke daher der Gemeinde der Ditib-Moschee am Lehmburg für ihre Einladung, ihre Offenheit und Gastfreundschaft. Es war eine wundervolle Erfahrung, die ich nicht so schnell vergessen werde.

Der diesjährige Ramadan begann am 23. März und endete am 21. April traditionell mit dem Ramadanfest – bekannt auch unter dem Namen Zuckerfest.



Fi1

Ausgabe 1
April 2023

SPD
Fraktion im
Bundestag

Fraktion intern



Download als PDF-Datei 

Deutschland ist Einwanderungsland

Wie die Ampel die Zuwanderung neu regelt

**Neustart
in der
Migrationspolitik**

SEITE 6

**Nancy Faeser über
die Anwerbung von
Fachkräften**

SEITE 14

**So wird der
Bundestag
verkleinert**

SEITE 20